

die Partei, um wirklich führen zu können, unabdingbar eines funktionierenden politischen Systems bedurfte. Die nichtstaatlichen Formen dieses Systems waren niemals einseitig als Transmissionseinrichtungen zu sehen, über die die Partei ihre Beschlüsse in die Massen trägt, sondern stellten zugleich notwendige Organisationsformen dar, um richtige, den Erfahrungen, Interessen und Bedürfnissen der Massen entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die Hegemonie der Arbeiterklasse konnte 1945 in den einzelnen staatlichen Organen nicht in der gleichen Weise durchgesetzt werden. Die Arbeiterklasse verfügte nur über eine begrenzte Zahl revolutionärer Kader, die in den Staatsapparat delegiert werden konnten. Deshalb war die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer beiden Parteien, der KPD und der SPD, die sich im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenschlossen, in den für die Entscheidung der Machtfrage wichtigsten Organen (vor allem Polizei, Inneres, Volksbildung) zunächst in erheblich höherer Qualität und Quantität realisiert worden als in anderen staatlichen Bereichen (z. B. Finanzen, Handel und Versorgung). Die sich daraus entwickelnden Widersprüche und Gegensätze, ihre Überwindung waren ein Hebel zur Festigung der revolutionär-demokratischen Macht, ihrer Fortentwicklung zur Diktatur des Proletariats.

Im Jahre 1948 kamen 46,4 Prozent aller Mitarbeiter des Staatsapparates in der sowjetischen Besatzungszone aus der Arbeiterklasse, 9,5 Prozent aus der Bauernschaft; 14,1 Prozent waren ihrer sozialen Herkunft nach Angestellte, 11,4 Prozent Beamte, und 18,6 Prozent kamen aus anderen Gruppen und Schichten der Bevölkerung. Die parteipolitische Zusammensetzung des Staatsapparates wies zu diesem Zeitpunkt aus, daß 43,6 Prozent der Mitarbeiter der SED angehörten, 5,7 Prozent der CDU, 5,4 Prozent der LDPD, 0,3 Prozent der NDPD, 0,3 Prozent der DBD. 44,7 Prozent aller Mitarbeiter des Staatsapparates waren parteilos.<sup>69</sup>

In wichtigen Teilen des Staatsapparates waren die Beschlüsse der SED mehr und mehr zur Grundlage der staatlichen Tätigkeit geworden. Das betraf insbesondere die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) sowie die drei selbständigen Zentralverwaltungen: für Inneres, für Volksbildung und für Justiz. In diesem zentralen Staatsapparat war auch in bestimmtem Umfang eine Personalunion in der Bekleidung von Partei- und Staatsfunktionen herbeigeführt worden. Die Parteiorganisationen übten in zunehmendem Maße einen erzieherischen und kontrollierenden Einfluß auf die Mitglieder der SED im Staatsapparat aus, damit diese ihre staatliche Arbeit als spezifische Form der Parteiarbeit erkannten und wahrnahmen. Alle wichtigen Entscheidungen in diesem zentralen Staatsapparat beruhten auf Direktiven des Parteivorstandes der SED. Es existierten enge inhaltliche und organisatorische Verbindungslinien zwischen den Führungsorganen der SED und den der Partei angehörenden leitenden Staatsfunktionären in den zentralen Organen.

Wichtige Gemeinsamkeiten der revolutionär-demokratischen Staatlichkeit

<sup>69</sup> Vgl. A. Norden, *Ein freies Deutschland entsteht*, Berlin 1963, S. 20.